



Karl Holmeier

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der CSU-Landesgruppe für Wirtschaft und Energie,
Verkehr und digitale Infrastruktur, Bildung und Forschung, Tourismus

Karl Holmeier, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Damen und Herren
der Landkreise Cham und Schwandorf

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Telefon 030 227 – 7 21 00
Fax 030 227 – 7 68 65
E-Mail: karl.holmeier@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schwandorf

Pesslerstraße 1
92421 Schwandorf
Telefon 09431– 96 04 29
Fax 09431– 96 04 34

Wahlkreisbüro Cham

Dr.-Karl-Stern-Straße 4
93413 Cham
Telefon 09971– 99 63 700
Fax 09971– 99 63 701
E-Mail: karl.holmeier@wk.bundestag.de

22. August 2019

Wohnungsbau voranbringen und bezahlbares Wohnen sichern

Sehr geehrte Damen und Herren,

das beste Mittel gegen zu hohe Mieten und Wohnungsnot ist Bauen, Bauen, Bauen. Aber auch Mieter müssen vor einer Belastung durch zu hohe Mieten geschützt werden. Die Sicherheit, auch in Zukunft die Miete in seinem Wohnviertel bezahlen zu können, ist wichtig. Die Wohnung ist auch ein Stück Heimat. Zugleich dürfen Privateigentümer, die Wohnungen nicht selten als Teil ihrer Altersversorgung vermieten, nicht aus dem Blick geraten.

1. Bau- und Wohnpolitik

Damit mehr gebaut wird, brauchen wir erstens mehr Bauland. Hier können Kommunen und Länder vor Ort am meisten leisten, aber der Bund hilft mit:

- Grundstücke des Bundeseisenbahnvermögens sollen dazu genutzt werden, außerdem sollen mit der Bahn Gespräche geführt werden, um deren Grundstücke zu aktivieren.
- Mehr Brachflächen, insbesondere für den Mietwohnungsneubau, sollen reaktiviert werden. Soweit im parlamentarischen Verfahren zum Bundeshaushalt 2020 finanzielle Spielräume entstehen, sollen dazu 100 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Zweitens soll mit einer Reform des Baugesetzbuchs die Empfehlung der Baulandkommission umgesetzt werden. Mit einem Baubeschleunigungsgesetz soll dafür gesorgt werden, dass vor Ort mehr und schneller gebaut wird.

Außerdem wird eine neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt, um den Bedürfnissen des ländlichen Raums besser entsprechen zu können. Dörfer in den ländlichen Räumen geraten immer weiter ins Hintertreffen und die Urbanisierung in den Städten nimmt zu. Durch eine neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ sollen Städte und Gemeinden bei der Wohnbebauung flexibler planen können; das Miteinander von Wohnen und



Karl Holmeier

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der CSU-Landesgruppe für
Wirtschaft und Energie,
Verkehr und digitale Infrastruktur,
Bildung und Forschung, Tourismus

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 22. August 2019

landwirtschaftlicher Entwicklung wird erleichtert und vor allem steigt die Attraktivität der ländlichen Räume durch die flexibleren baulichen Entwicklungsmöglichkeiten für Familien.

Auch bei der Bildung von Eigentum wird geholfen: Erstens trägt künftig beim Kauf einer Wohnung oder eines Hauses der Käufer maximal die Hälfte der Maklerkosten – in vielen Regionen ist dies bereits heute der Fall, aber noch nicht in ganz Deutschland. Zudem wird die Wohnungsbauprämie bis Ende des Jahres evaluiert. Auf Grundlage dieser Ergebnisse wird die Koalition die Prämie attraktiver gestalten, damit Bausparen gerade für junge Menschen attraktiver wird.

Die Unionsfraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass

- bei der Grunderwerbssteuer eine Öffnungsklausel zugunsten der Länder aufgenommen wird, durch die Freibeträge für den Ersterwerb von Wohnungen oder Häusern geschaffen werden können;
- dass Anreize im Steuerrecht geschaffen werden, damit mehr Flächen von Landwirtschaftsbetrieben und anderen Unternehmen in Bauland umgewandelt werden und dort gebaut wird.

2. Miete

Um Mietsteigerungen zu dämpfen, wird der Betrachtungszeitraum für die ortsübliche Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahre erweitert. Das führt in Zeiten steigender Mieten gerade auf angespannten Wohnungsmärkten zu geringeren Vergleichswerten.

Die Akzeptanz und Aussagekraft von Mietspiegeln sollen gestärkt werden. Das ist dringend notwendig, weil wissenschaftliche Defizite und die damit einhergehende zivilrechtliche Angreifbarkeit von Mietspiegeln zu einer Verunsicherung über deren Wirksamkeit geführt haben. Das Bundesjustizministerium wird spätestens im Dezember 2019 hierzu einen Gesetzentwurf vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Holmeier